GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 8909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 191 B | BERLIN • Dienstag, den 16. August 1932 | 1. JAHRGANG

# Der Presse-Sumpf der Nazis.

## Durcheinander rechts! Und die Linke?

Hk. Mehrfach haben wir auf die von seiten der Behörden nicht gestörte Vergiftungstätigkeit der nationalsozialistischen Presse hingewiesen. Die Vergiftung erstreckt sich besonders auf drei Zweige:

### Lügen über politische Morde.

Neulich berichteten wir über die vollständige Verdrehung in der „Angriff"-Berichterstattung über den Tod des SA-Mannes Jenke; eine Verdrehung, die so weit ging, daß der sozialdemokratische Redakteur Pesche, dem nach dem Polizeibericht der Handgranatenanschlag galt, als einer der Täter erschien.

Der „Angriff" hat in seiner Ausgabe vom Sonnabend abend den amtlichen Bericht noch nicht gebracht, obwohl amtlich versichert wird, daß bereits am Freitag eine Auflagenachricht zu diesem Fall in Händen der „Angriff"-Redaktion sein mußte. Am Sonnabend schrieb der „Angriff" allerdings, daß Jenke „unter bisher unbekannten Umständen" getötet worden sei, und trat damit den „geordneten" Rückzug von seinen früheren durch Schlagzeilen unterstrichenen Behauptungen an. Dabei versicherte er aber: „Selbstverständlich halten wir uns ... an die Berichterstattung unserer schlesischen Parteigenossen."

Nach dem amtlichen Bericht ist nun ein ähnlicher Fall einer „Angriff"-Lüge entlarvt worden. Zwei Tage vor der Wahl war der SA-Mann Raskis in Eilendorf bei Aachen erschossen worden. Schlagzeilen des „Angriff" damals: „Ein SA-Mann in Aachen ermordet. SA-Mann Raskis gemeuchelt. Aachen im Zeichen der Trauer. Adolf Hitler gegen den roten Brudermord."

Damals wurden 18 Kommunisten der Tat verdächtigt und verhaftet. Diese Genossen sind jetzt freigelassen worden und die Polizei teilt als Ergebnis ihrer Nachforschungen mit: Raskis sei das Opfer eines Irrtums geworden und von einem Eschweiler SA-Mann, der der Eilendorfer Klebekolonne (in der sich Raskis befand) der NSDAP zum Schutze folgte und in dem ihm unbekannten Raskis offenbar einen Parteigegner vermutete, erschossen worden.

### Aufreizung zum Mord.

Schon die Darstellung, als seien „Marxisten" die Täter, wirkt aufhetzend. Der „Angriff"-Bericht über Jenke z. B. wirkt wie eine Aufforderung zum Mord an dem als Täter verdächtigten Pesche. Dazu kommen die von uns mehrfach berichteten ausdrücklichen Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten gegen Arbeiterführer.

Man muß einmal eine Nummer des „Völkischen Beobachters" durchblättern, mit seinen über Seiten seines Riesenformats gehenden häufig falschen Berichten über „Rotmord", mit seinen Photos „an den Gräbern der gemeuchelten Kameraden", um sich einen Begriff zu verschaffen, welche Empfindungen an Rachgier die Spießerseele eines regelmäßigen und gläubigen Lesers einer derartigen Presse bewegen.

Hier noch ein Beispiel, wie diese „Rotmord"-Berichte zustandekommen: Der „Angriff" schrieb am 10. November 1929:

„Am 4. November verschied unser langjähriger Parteigenosse und SA-Mann Gerhard Weber an den Folgen eines im Dienst erlittenen Motorradunfalls. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitkämpfer und lieben Kameraden." —

Und am 28. November 1929 stand im „Illustrierten Beobachter" unter der Ueberschrift „Rotmord in Berlin":

„... Und so vergeht keine Woche, wo nicht die Nachricht kommt, daß wieder ein braver deutscher Arbeitsmann in Berlin der Kugel oder dem Dolch der Judenknechte zum Opfer fiel. Wenige Tage vor der Wahl traf es einen deutschen Jungen, Gerhard Weber."

Zwei Bilder auf derselben Seite trugen den Vermerk: „Unser jüngster Berliner Toter: Der Nationalsozialist Gerhard Weber, ein Opfer kommunistischer Mordlust und jüdischer Rachgier, auf der Totenbahre." Und: „Der Grabhügel des Nationalsozialisten Gerhard Weber, der, 22 Jahre alt, sterben mußte, weil er ein Kämpfer für deutsche Freiheit war."

### Durchschnüffelung des Privatlebens.

Das dritte Mittel der Vergiftung, mit Vorliebe gegen höhere Beamte angewandt, ist das der Beschmierung ihres Privatlebens. Einer der niedrigsten Fälle dieser Art war der Freisler'sche Antrag gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Weiß. Zu rechter Zeit, nämlich während der Koalitionsgespräche zwischen Schleicher und Hitler, erinnert der „Abend" an einen anderen Fall aus Nr. 247 des „Völkischen Beobachters", vom 17. Oktober 1930. Dort hieß es:

„Ist aber nur ein blasser politisierender Bürogeneral... Der Cut würde ihm besser stehen als der Soldatenrock. Trotzdem will er nicht darauf verzichten; vielleicht weiß er, wie zweierlei Tuch, besonders mit breiten roten Streifen, auf Frauen wirkt. Seine Erfolge sind wie die eines Romanhelden! Einige Frauen versuchten schon ihr überflüssiges Leben aufzugeben. Sie besannen sich aber noch rechtzeitig, daß es sich deswegen doch wohl nicht lohnt. General v. Schleicher beherrscht vollkommen den Reichswehrminister (einschließlich Familie)."

### Nazis in Braunschweig „immun".

Herr Klagges hat gegen den Polizeioberleutnant Albrecht ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Albrecht ist den Braunschweiger Arbeitern in sehr unangenehmer Erinnerung. Als nach dem Begräbnis des von einem Nazi erschossenen Reichsbannermannes Meier die Arbeitermassen in die Stadt zurückströmten, wurden sie von der Polizei angegriffen. Im Verlauf der entstandenen Tumulte schlug Albrecht mit dem blanken Säbel dem Arbeiter Bodendiek über den Kopf, während dieser von Schutzpolizeibeamten festgehalten wurde. Albrecht ist wegen dieser brutalen Tat nie zur Rechenschaft gezogen worden. Im Gegenteil: kurze Zeit nach diesem Vorfall — es mutet fast wie eine Belohnung an — wurde er als Polizeikommissar nach Wolfenbüttel geschickt.

In Wolfenbüttel trieb seit langem der Pg. Spreinath sein Unwesen. Er konnte die Arbeiter terrorisieren, weil er sich bei der Polizei eines großen Wohlwollens erfreute, bis er auch ihr auf die Nerven fiel. Als Spreinath mit seiner Terrorgruppe einmal ein Auto des Konsumvereins anhielt und den Führer am Ausladen hindern wollte, schritt die Polizei gegen die Nazis ein. Spreinath tobte, leistete Widerstand und spuckte sogar den Polizeioberleutnant Albrecht an. Der machte auch hier von seinem Säbel Gebrauch und ließ den Nazi abführen.

Es ist in Braunschweig unter der Klagges-Herrschaft nicht üblich und auch nicht erlaubt, daß Polizeiwaffen gegen Nazis in Anwendung kommen, mögen diese im übrigen tun, was sie wollen. Albrecht ist nach dem Vorfall aus Wolfenbüttel abberufen worden. Die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen ihn ist der zweite Strafakt gegen den nun auch bei den Nazis in Ungnade gefallenen Polizeioffizier.

### Trotzdem regierungsreif.

Daß Schleicher derartiges nicht nachträgt, ist seine Sache. Empörend ist aber, daß nichts geschieht, um dem „Angriff" sein verbrecherisches Handwerk auf dem Gebiet der Mordhetze und der Mordlüge zu legen, und daß diese Nachsicht der Behörden zusammengeht mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linke Presse, in der keine derartige Hetze zu finden ist. Eben erst haben wir die Fälle der Verbote des „Tribunal" und der „Arbeiterpolitik". Eine vorherige Auflagenachricht pflegt in solchen Fällen dem Verbot nicht voraufzugehen.

Wir geben dieser Empörung nicht deswegen Ausdruck, weil wir über ein derartiges Verhalten überrascht wären, sondern lediglich deswegen, weil wir — wie Sacco im amerikanischen Gefängnis — wollen, daß die Genossen erkennen, mit wem sie zu tun haben; daß sie erkennen, „daß der Feind keinen sauberen Kampf führt".

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Hindenburg mit dem Führer jener Partei verhandelte, die durch Beauftragung eines führenden Partei-Rechtsanwalts zur Verteidigung der Mörder des Kommunisten Pietzuch ihre Solidarität mit diesen Mördern dokumentierte; daß in derselben Unterredung mit Hindenburg Herr Frick anwesend war, der zwei Tage vor der Wahl in einer Königsberger Rede die Parole ausgegeben hatte für das, was dann in Königsberg geschah:

„Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000 oder besser noch 15 000 der marxistischen Burschen ..., vom Erdboden verschwinden. (Stürmischer Beifall.) Damit will ich aber nicht im entferntesten eine Mordhetze entfesseln." (Tosender Beifall.)

### AUS DEM INHALT:

Anlaß zum Einschreiten gegen die KPD gesucht.
Eine neue Sozialisierungsmethode?
Nazi-Führer als Waffendiebe.
Textilarbeiterstreik!
Niedergang des deutschen Kapitalismus?

## Was soll werden?

W—er. Die Weigerung Hitlers, in die Regierung Papen einige Minister zu entsenden, und der dadurch entstandene vorläufige Druck innerhalb des „nationalen Lagers" hat vielerlei Deutungen und Meinungen hervorgerufen. Tatsache ist, daß er im nationalsozialistischen Lager nicht einhellig als richtig empfunden worden ist. Darin offenbart sich die von uns oft erwähnte Erscheinung, daß ein Teil der Hitler-Bewegung wirklich auch der revolutionären Umgestaltung im nationalsozialistischen Sinne strebt, d. h. danach, die Staatsgewalt auf jede mögliche Weise in die Hand zu bekommen, ohne sie mit jemandem zu teilen, während der andere Teil, wozu wir auch Hitler selber rechnen, wohl mehr den bequemeren und einträglicheren Weg des Kompromisses und der Koalition gehen möchte. Der erste Teil hat bei den jetzigen gescheiterten Regierungsverhandlungen innerhalb der NSDAP offenbar gesiegt. Vorbereitet wurde dieser Sieg wohl durch die wochenlange Kampagne z. B. des „Angriffs", der sich bemühte, Hitler vor vollendete Tatsachen zu stellen, d. h. durch eine systematische Propaganda in der mobilisierten SA und SS die Stimmung zu erzeugen,

**entweder muß Hitler Kanzler werden, oder wir beteiligen uns gar nicht an der Regierung.**

Wir halten es für falsch, was etwa der „Vorwärts" uns jetzt weismachen möchte, daß nun das „Experiment" mit der Papen-Regierung völlig gescheitert sei, die die Aufgabe gehabt habe, die NSDAP nach und nach an die Verantwortung heranzuholen und damit zu kompromittieren und zu zähmen. Daraus schließt nämlich der „Vorwärts", daß nun die „Rückkehr zum Recht" zu erfolgen habe, womit er offenbar die Zustände unter der Aera Brüning meint. Mag sein, daß die Zustände unter Brüning erträglicher waren als unter Bracht und Papen, — sie als einen Rechtszustand zu bezeichnen, sollten sich Sozialisten verkneifen.

Aber davon abgesehen: Wenn die Regierungsverhandlungen im Augenblick gescheitert sind, so liegt klar auf der Hand, daß damit nicht gesagt ist, daß die Reaktion ihre Ziele zurückstecken wird. Für die Arbeiterschaft ergeben sich im Gegenteil vielerlei bedrohliche Möglichkeiten. Die nächstliegende wäre gewesen, daß die NSDAP, da sie so den starken Mann markierte, versucht hätte, die Macht mit Gewalt zu übernehmen. In der Tat waren, wie die „Kölnische Volkszeitung" aus unterrichteten Berliner Zentrumskreisen mitzuteilen weiß, „die Reichsregierung und die Reichswehr auf alle Eventualitäten vorbereitet". Gewiß ist die Möglichkeit des Putsches auch jetzt nicht beseitigt. Für die unmittelbar folgende Zeit allerdings ist seine Durchführung dadurch erschwert, daß die unmittelbare Welle der Bereitschaft der SA ungenutzt verlaufen ist.

Es ergibt sich also die Frage: Was kann die NSDAP sonst vorhaben? Unter Umständen eine Beteiligung am Mißtrauensvotum gegen Schleicher-Papen und damit die Provozierung von Neuwahlen mit der allerdings unsicheren Aussicht, dann noch an Stimmen zu gewinnen. Vor allem aber, worauf in der kommenden Zeit besonders geachtet werden muß, halten wir es für ausgemacht, daß die Kreise der NSDAP, die auf einen Putsch hinarbeiten, als vornehmstes Ziel ihrer weiteren propagandistischen Tätigkeit die Reichswehr und die Polizei aufs Korn nehmen. Da Herr von Schleicher offenbar nicht ganz so nazifreundlich ist, wie diese sich das wünschen, jedenfalls ein Sympathisieren der Reichswehr mit der SA vorläufig von den Nazis nicht erwartet wird, so ergibt sich für jeden Putschisten die Aufgabe, die Reichswehr und auch die Polizei für diese Freundschaft reif zu machen, was durch die Freigabe der NSDAP

für die Beamten sehr erleichtert worden ist. So betrachtet, ist die Weigerung der Nazis, an der Regierung teilzunehmen, nicht nur nicht dumm, sondern sehr geschickt. Man darf nämlich nicht vergessen, daß

**die Beteiligung an der Regierung den Nazis nicht nur die Möglichkeit geboten hätte, für ihre Partei Pöstchen zu erobern. Sie hätte selbstverständlich, was vor allem auch das Zentrum geplant hatte, dazu geführt, die nationalsozialistische Bewegung mit der Verantwortung für die furchtbare ökonomische und politische Lage in Deutschland zu belasten**

und ihr also einen großen Teil ihrer Propagandamöglichkeit zu rauben. Dieser Belastung ist die NSDAP noch einmal ausgewichen.

Wir brauchen hier nicht zu betonen, daß wir die ganze nationalsozialistische Bewegung für ungeeignet halten für die Schaffung rechtlicher Zustände. Wir haben hier neulich betont, daß wir die verantwortlichen Führer dieser Partei für überhaupt ungeeignet halten, öffentliche Aemter zu bekleiden. Wir wollen hier nur zeigen, daß ihre politische Macht und ihre Gefahr durch das Scheitern der Verhandlungen mit der Regierung durchaus nicht kleiner geworden zu sein braucht. Wir wollen hier die Arbeiterschaft vor dem Optimismus warnen, als wenn man nur hinreichend lange Zeit zu warten brauchte, damit sich die nationale Opposition unter einander aufrieben, sodaß dann die Arbeiterschaft als lachender Erbe auftreten könne. Die Hitler-Bewegung ist nicht eine zufällige Truppe eines beliebigen Zirkuskünstlers, der gut Propaganda machen kann;

**ihre Hauptstärke liegt in der objektiven Notwendigkeit für die herrschende Klasse, gegenüber dem drohenden Bankerott ihrer Gesellschaftsform und der empörten Arbeiterschaft ein Schlagwerkzeug bereitzuhalten.**

Für diese Funktion ist die NSDAP vorläufig noch unentbehrlich; der Bruch mit ihr wird von den herrschenden Gewalten also nicht völlig durchgeführt werden. Eine Verständigung so oder so wird zwischen ihnen immer eintreten, sobald die Arbeiterschaft eine größere Gefahr darstellt als sie heute ist. Gerade die Tatsache, daß die herrschende Klasse sich innerhalb ihrer eigenen Reihen heute solche Streitigkeiten erlaubt, zeigt, wie gering sie im Augenblick die Gefahr von seiten der Arbeiterschaft einschätzt.

Das bringt uns zur richtigen Würdigung der Verhältnisse. Die Arbeiterschaft sollte von den Streitereien im gegnerischen Lager gar nichts erwarten. Sie sollte statt dessen ihre eigenen Reihen mustern und die Frontstellung gegen die herrschende Klasse beziehen, die heute in Deutschland trotz aller personellen Streitfragen durch die großagrarisch-militaristisch-zentrümliche Bourgeoisie mit ihrem Hitler-Anhang gekennzeichnet ist.

Leider ist von dieser Vorbereitung der geschlossenen Front innerhalb der Arbeiterschaft noch immer viel zu wenig zu spüren. Eine wirklich klassenmäßige Betrachtung der Situation und eine darauf aufbauende Klassenpolitik vermissen wir bei den Führern der großen Arbeiterparteien völlig, wenn man nicht schon die törichten Bemühungen, die Politik der eigenen Partei als die alleinseligmachende hinzustellen, dafür ausgeben will. Der Streit im Bürgerlager hat vorläufig leider nicht dazu geführt, den Zeitgewinn, den die Arbeiterschaft dadurch hat, zu einem positiven Aufbau der Arbeiterklassenfront auszunutzen. Der reformistische Flügel der Arbeiterschaft, wie ihn die SPD und die Gewerkschaften verkörpern, stiert mit Behagen auf die vorläufig noch ungelösten Personenfragen im Bürgertum, froh, nicht selber kämpfen zu müssen, — der aktivere Teil der in der KPD organisierten Arbeiterschaft stiert ebenso einseitig auf diesen Reformismus und vergißt über der Anprangerung reformistischer Tatenlosigkeit seine eigenen Fehler, die es bisher verhindert haben, die Massen der Arbeiterschaft aus der reformistischen Bewegung heraus in die revolutionäre zu überführen.

**Ein wahrhaft trauriges Bild politischer Unfruchtbarkeit!**

# Internationale Wochenschau.

S. H. Das Bild der vergangenen Woche zeigt die Brüchigkeit der Beziehungen unter den kapitalistischen Staaten.

Der Abschluß der Schweizer Konferenzen, mit seinem an sich schon mageren Ergebnissen, stellte in dem *Vertrauensabkommen*, das die europäischen Regierungen vereinigen sollte, den einzigen Ansatz zu einer *Fühlungnahme* wenigstens dieser Regierungen dar. In Wahrheit spürt man von einer europäischen Interessengemeinschaft so gut wie gar nichts mehr. Selbst die Gespräche zwischen Paris und London sind verstummt.

*Deutschland* geht völlig in seinen innerpolitischen Schwierigkeiten auf. Der Terror, der in seinen Straßen geduldet wird, hat im Ausland die Achtung vor der jetzigen Regierung erheblich abgeschwächt. Die Festigkeit, mit der die Regierung Hitlers weitgehenden Ansprüchen entgegengetreten ist, hat freilich eine gewisse Beruhigung ausgelöst.

Die Rechtspresse, die heute in Deutschland die Regierung vertritt, hat, so gut sie das mit Worten kann, sich während der ganzen vergangenen Woche gegen das Ausland „distanziert"; das „Sichverlassen auf die eigenen Kräfte" entlädt sich vor allem in einer maßlosen Hetze gegen Frankreich, der in einem gewissen Abstand das Scharfmachen gegen Polen und neuerdings natürlich wieder gegen das im Haag begünstigte Litauen folgt.

*England* ist weitgehend durch seine Geschäfte in Ottawa festgelegt. Interessiert ist es in diesem Zusammenhang noch am meisten für sein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Obwohl es im Augenblick mit Rücksicht auf die Regelung der Empire-Fragen direkten Verhandlungen aus dem Weg geht, sucht es doch aus den Reden, die Stimson und Hoover in der vorigen Woche gehalten haben, alles heraus, was die für England im Herbst brennend werdende Kriegsschuldenfrage in ein friedliches Fahrwasser lenken könnte.

Andererseits stehen die Engländer gerade gegenüber den USA vor einer neuen Schwierigkeit. Hoover hat in seiner Wahlrede am Donnerstag genau so wie sein Staatssekretär Stimson am vergangenen Montag merken lassen, daß die Vereinigten Staaten keinen Gebietszuwachs anerkennen würden, der durch Verletzung von Friedensverträgen zustandegekommen sei. Diese Aeußerungen sind an die Adresse Japans gerichtet. Da bereits bekannt ist, daß auch die Mandschureikommission gegen Japan Stellung nehmen wird, so sieht England, das bisher Japan stillschweigend den Rücken gedeckt hat, die Schwierigkeit heraufkommen, daß die Erörterung über Japans Mandschurei-Politik in das englisch-amerikanische Verhältnis einen Keil treiben wird. Die Freitags-Unterredung zwischen Stimson und dem japanischen Botschafter in Washington, in der Stimson nochmals betont hat, die amerikanische Regierung werde die japanische Besetzung der Mandschurei nicht anerkennen, gibt diesen Sorgen Englands neue Nahrung.

Was England zu seiner Toleranz Japan gegenüber veranlaßt, ist seine alte Forderung nach der Politik der offenen Tür. *Seite an Seite mit Japan* zu den Handelsgeschäften in Ostasien zugelassen zu sein, das scheint der City von London die weitaus gesündere Maxime, als sich zum Rechtsanwalt für die durch Japan bedrängten chinesischen Gebiete zu machen.

Die Aufgabe, seine Geschäfte mit einer gewissen Schiedsrichterrolle unter sich streitenden Mächten zu verbinden, diese „einträgliche" Rolle hat es heute weitgehend an die Vereinigten Staaten abgetreten. Es hat zur Zeit nicht Geld genug, die bankerotten europäischen Staaten durch eine großzügige Anleihe hinter sich zu bringen. Sein Empire-Traum ist halb ausgeträumt; die Töchter stehen mit der Mutter auf gleich und gleich, und in dem letzten Bollwerk, in Indien, das England zu einer Festung gemacht hat, aus der nur vereinzelte Nachrichten herausdringen, ist die wirtschaftliche und politische Widerstandskraft im Wachsen. England hat zum ersten Mal nichts zu bieten.

Wer *Frankreich* nach der sich heute in Deutschland vordrängenden chauvinistischen Presse beurteilen würde, erhielte ein völlig falsches Bild. Man muß gegenüber all diesen Chamaden feststellen, daß Herriot zur Zeit mit der äußersten Vorsicht operiert, daß er geradezu innen- und außenpolitisch laviert, wie das auch bei der absolut heiklen französischen Finanzlage und bei der immer noch ungeklärten parlamentarischen Grundlage seines Kabinetts geboten ist. Nicht Deutschland steht im Vordergrund der französischen Sorgen oder gar französischen Angriffspläne, sondern weit mehr Italien und die französischen Beziehungen zu den USA.

Nachdem er noch in Lausanne und Genf gelungen war, Italien dem französisch-englischen Bündnis näherzubringen, haben die Abberufung des mehr vermittelnden Grandi und die militärischen Reden Mussolinis in Verbindung mit den Seemanövern Italiens im Mittelmeer, Frankreichs Argwohn von neuem stark erregt. Auch sind die Ermunterungen Mussolinis Deutschland gegenüber nicht geeignet, Frankreich zu beruhigen.

Umso mehr bemüht sich Herriot, an Gutem herauszulesen, was sich nur in Stimsons und Hoovers Reden in dieser Richtung herauslesen läßt. Im Gegensatz zu der französischen Rechtspresse klammert sich die „Ere Nouvelle", Herriots Blatt, geradezu daran, über die amerikanische Ablehnung der französischen Sicherheitsthesen hinwegzusehen, sich an den Verständigungswillen, den Amerika geäußert hat, zu halten und alles andere auf das Konto „Wahlrede" zu setzen.

Aus all diesem ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten zur Zeit die Macht sind, zu der alle andern hinüberhorchen. Kriegsschuldenfrage, Rüstungsfrage und Weltwirtschaftskonferenz sind die Thesen, in denen Washington führt. Ausschlaggebend hierfür ist noch immer die Tatsache, daß Amerika in der Kriegsschuldenfrage das Gläubigerland ist, wodurch es den Schlüssel zu allen drei Positionen in der Hand hält.

Die Linie seiner Politik wird durch die Reden Borahs, Stimsons und Hoovers charakterisiert. Am freiesten und zur Verständigung am meisten bereit ist Borah, der allerdings auch am wenigsten offiziell spricht. Vorsichtiger ist bereits Stimson und am vorsichtigsten Hoover, der bei seiner Wahlrede auf *inner*politische Schwierigkeiten merklich Rücksicht nimmt. Immerhin bleiben Amerikas Forderung einer europäischen Abrüstung, seine ablehnende Haltung gegenüber Japan und seine jetzt angekündigte Bereitschaft, die politischen Schulden im Zusammenhang mit Handelsabkommen zu liquidieren, noch der objektiv hoffnungsvollste Ansatz innerhalb der allgemeinen Unsicherheit und des Sichzurückziehens der meisten Staaten auf die bloße Enge der eigenen Interessen.

## Die Arbeiterschaft.

Leider steht diesem Bild der Zerfahrenheit und Zerrüttung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten der Erde auf seiten des Proletariats kein Ansatz gegenüber, diese Lage durch einen internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft auszunutzen und dem sich windenden Kapitalismus einen entscheidenden Stoß zu versetzen. Die Arbeitskämpfe in Belgien und England, die jetzt durch zwei Generalstreikbeschlüsse einen starken Aufschwung erlebt haben, werden völlig isoliert ausgekämpft, ja durch die sozialdemokratischen Organisationen nach Kräften sabotiert.

Die Ursache hierfür liegt nicht bei den kämpfenden Arbeitern, sondern darin, daß der auf Nüchternheit pochende Pessimismus der II. Internationale und der Paradeoptimismus der Kommunisten, der auf die Selbstentwicklung der sich verschärfenden Krise baut, einander geradezu entgegenarbeiten.

Am 28. August tagt der Internationale Anti-Kriegs-Kongreß in Amsterdam. Auf dieser Tagung sollte man Vertreter der belgischen Bergarbeiter und englischen Weber sprechen lassen. Ihre *Erfahrungen*, nicht *Programme* und *Hoffnungen* über die Macht internationaler proletarischer Solidarität, sollten den Ausgangspunkt für die Debatten über gemeinsame Kampfaktionen bilden. Gleich, ob diese Erfahrungen gut oder schlecht sind, sie haben den Vorzug der Wahrheit. Sie würden es ans Licht bringen, ob auch das Proletariat in der gleichen Anarchie lebt und streitet wie die Gegenseite, oder ob in seinen internationalen Organisationen irgendwo ein lebensfähiger Ansatz ist, der die Einzelkämpfe aufnimmt, weiterführt und in einen internationalen Kampfplan einordnet.

# Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

55) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

In die von Offizieren bewohnten Hotels läßt er Schutzwachen legen. Soldatenräte, die seine Autorität nicht anerkennen und an anderen Stellen tagen, bezeichnet er als „wilde Räte" und erklärt sie für abgesetzt. Er läßt sich telephonisch mit Berlin verbinden und teilt dem Staatssekretär der Marine, Ritter von Mann, mit, daß augenblicklich in Kiel Ruhe herrsche. Großes Gewicht legten die Matrosen auf Bewilligung der Amnestie. Der Rücktritt oder die Abdankung des Kaisers sei unbedingt notwendig.

„Jawohl, Exzellenz, wenn die entsprechenden Konzessionen gemacht werden, glaube ich, daß die alte Ordnung sich wiederherstellen läßt . . ."

„Es ist zu bedenken, Exzellenz, daß ich vom Glauben der Matrosen getragen werde, die annehmen, daß ich sie schützen und mich zum Sprecher ihrer Forderungen machen werde: Abdankung des Kaisers! Amnestie der Meuterer!"

„Ja, auch die Meuterer von 1917!"

„Die Amnestie muß ich bis morgen verkünden können, sonst kann ich nicht länger in Kiel bleiben!"

Der von Noske informierte Staatssekretär der Marine geht in die gerade tagende Kabinettssitzung zurück. Die Minister haben soeben den Bericht entgegengenommen, daß die von Scheidemann angeregte Aktion gegen die russische Botschaft gelungen ist. Eine der Kurierkisten ist programmäßig bei der Beförderung auf dem Schlesischen Bahnhof „versehentlich" geplatzt. Und im Polizeipräsidium wurde programmäßig das Material aus den Kisten zutage gefördert, das der Regierung die Handhabe gibt, die russische Botschaft aus Berlin auszuweisen.

Der Staatssekretär der Marine bekommt jetzt das Wort.

Er unterrichtet das Kabinett über sein Gespräch mit dem nach Kiel geschickten Abgeordneten Noske und schließt mit den Worten: „Gegen die Gewährung der Amnestie habe ich ernste Bedenken!"

Der Kriegsminister v. Scheüch spricht sich ebenfalls gegen eine Amnestie aus: „Wir dürfen nicht sagen, daß wir die Rädelsführer nicht fassen werden. Die Befugnisse der militärischen Befehlshaber regeln sich nach militärischen Grundsätzen!"

Staatssekretär Haußmann, der inzwischen wieder in Berlin eingetroffen ist, wirft ein:

„Der von Noske beschrittene Weg wird am raschesten zum Ziele führen. Wir dürfen ihm nicht in den Rücken fallen!"

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts erklärt:

„Aber die Sache liegt doch so, daß die Arbeiter und Soldaten jetzt vollständig das Heft in der Hand haben. Telephon und Telegraph werden kontrolliert. Wir müssen ein Exempel statuieren. Durch Hunger sind die Matrosen nicht zu bezwingen. Man muß mit großer Macht eindringen und Kiel mit Schiffen beschießen!"

„Die Schiffe kreuzen doch unter roten Fahnen auf der Ostsee!"

„Und gegen 40 000 gut bewaffnete, gut ernährte und ausgeruhte Matrosen stehen im gegenwärtigen Stadium auch keine Truppen zur Verfügung!"

„Ganz im Gegenteil, der stellvertretende Kommandierende General des IX. Armeekorps verlangt bereits dringend militärischen Schutz für andere Küstenorte. In Lübeck sind 500 Matrosen gelandet!"

Der Staatssekretär Erzberger schlägt vor:

„Man muß über Kiel durch Flieger Proklamationen abwerfen lassen, die strenge Strafe androhen und die gleichzeitig dementieren, daß Haußmann ein Amnestieversprechen gegeben habe!"

Doch das Kabinett kommt zu keinem Entschluß.

Der Vizekanzler verliest eine Resolution aus Friedrichsort:

„10 000 Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht!"

Ein Minister meint, in dieser Situation sei die sofortige Rückkehr des Kaisers nach Berlin nun doch erforderlich.

„In dieser Beziehung hat der Prinz schon alle Stränge gezogen!" bemerkt Dr. Solf.

Ein neues Telephonat von Noske wird gemeldet:

„Noske hat auf Anfrage erklärt, es wird nur ein nutzloses Blutbad geben. Die 40 000 Mann können nicht überwältigt werden. Ein solcher Versuch würde auch jede Verständigung unmöglich machen!"

Der Kriegsminister wirft resigniert ein:

„Die zur Verfügung stehenden Truppen sind auch zu schwach!"

„Aber Noske hat es dazu gebracht, daß das Schießen seitens der Mannschaft aufgehört hat. Auch die Offiziere sind veranlaßt worden, das Schießen aufzugeben. Und er hofft, die Waffen wieder unter Verschluß zu bekommen!"

Die gewaltsame Niederzwingung des Aufstandes wird von der Regierung vertagt, bis der Kriegsminister v. Scheüch zu diesem Zwecke geschlossene Formationen aus der Front zur Verfügung hat. Und man einigt sich, dem Abgeordneten Noske mitzuteilen: es bestehe Bereitwilligkeit, einigen der aufgestellten Forderungen zu entsprechen. Im übrigen habe die Regierung das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, mit der „fürchterlichen Sache" einigermaßen fertig zu werden. Prinz Max von Baden lasse ihm sagen, daß er unter allen Umständen in Kiel auf dem Posten bleiben solle!

Am nächsten Tag in Kiel:

Die 60 Mitglieder des Soldatenrats, aufgefüllt durch Vertreter der Gewerkschaften, haben sich versammelt. Noske hat die Lage geschildert. Er faßt seine Ausführungen zusammen:

„Alles in allem sehe ich sehr düster. Kiel ist von allen Seiten von Gefahren umdroht. Wir müssen so bald wie möglich wieder in einen ordnungsmäßigen Zustand zurück!"

„Wir müssen die Revolution ausbreiten!"

„Flugblätter müssen wir drucken und durch Flieger an der ganzen Wasserkante abwerfen lassen!"

„In ganz Schleswig muß die Republik ausgerufen werden!"

„Immer sachte — — wir dürfen nur in Angriff nehmen, was wir auch durchführen können!" ruft ein Gewerkschaftsvertreter.

„Wir müssen auch an unsere Verantwortung denken!"

Die ihnen auferlegte Verantwortung hat einen Teil der Delegierten schon gelähmt; auch die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre drücken die Stimmung herunter. Die das Haus umlagernden Matrosen haben viel radikalere Forderungen:

„Sämtliche Offiziere müssen verhaftet werden!"

(Fortsetzung folgt.)

# Eine neue Sozialisierungsmethode?

W. Sch. Duisburg, im August.

Die Oeffentlichkeit Duisburgs ist seit einigen Tagen erneut auf das Schicksal der Hütte Ruhrort-Meiderich hingelenkt und auf Bestrebungen, die in diesem Zusammenhang verfolgt werden, aufmerksam gemacht worden.

Um was handelt es sich? Am 21. Februar 1931 ist die zu der „Vereinigten Stahlwerke A.-G." (Vestag) gehörende Hütte Ruhrort-Meiderich unter reichlich merkwürdigen Begleitumständen stillgelegt worden.

**6100 Arbeiter und 950 Angestellte**

kamen dabei zur Entlassung. Bei den einsetzenden Verhandlungen um Weiterführung des Betriebes, bei denen Oberbürgermeister Dr. Jarres die Vermittlerrolle zwischen Gewerkschaften und Werksleitung spielte, erklärte diese sich bereit, den Betrieb in verringertem Umfang weiterzuführen, wenn die Löhne um 20 Prozent herabgesetzt würden. Unter dieser Voraussetzung wollte die Leitung der „Vestag" die Fortführung des Betriebes mit einer Belegschaft von 4200 Köpfen und nicht mehr als 10 Prozent Feierschichten bis Ende September 1931 garantieren. Gewerkschaften sowohl als auch Betriebsrat und Belegschaften lehnten diesen Vorschlag ab, weil in ihm ein Versuch gesehen wurde, den bestehenden Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller planmäßig zu durchbrechen, um auf diesem Wege zu einer allgemeinen Senkung des Lohnniveaus um 20 Prozent zu kommen.

Bei den Privataktionen, die Oberbürgermeister Jarres danach noch verschiedentlich unternahm, handelte er mehr als Sachwalter der Schwerindustrie, denn als Sachwalter der Belegschaft oder der Stadt. Karten, die an die Arbeiter und darüber hinaus an *ehemalige Werksangehörige* von ihm zur Unterschrift gesandt wurden, enthielten die Einverständniserklärung, unter den soeben genannten Bedingungen zu arbeiten. *9000* Karten sind versandt worden. Wäre eine zahlenmäßige Mehrheit von Unterschriften zustandegekommen, so wäre auf diese Weise über die Weiterführung des Betriebes entschieden worden. Doch die Mehrzahl der Arbeiter ging nicht auf den Leim. Das Werk wurde also stillgelegt, was die Vestag zum Herbst des Jahres wohl sowieso getan hätte.

Danach kamen noch einige andere Werke der Vestag zum Erliegen. Duisburg wurde auf diese Weise im Verhältnis zu anderen Industriestädten des Rhein-Ruhrgebiets, von den Stillegungsaktionen der Montanindustrie am stärksten betroffen.

Ein ähnlicher Vorgang, der viel Beachtung fand, spielte sich schon früher bei dem Stahlwerk Becker (Villich a. Rhein, bei Krefeld) ab. Die Belegschaft hatte sich hier notgedrungen unter gewissen Einschränkungen und Bedingungen mit einem 15prozentigen Lohnabzug einverstanden erklärt. Die Gewerkschaften mußten sich mehr oder weniger mit der Tatsache abfinden. Das Werk wurde später infolge Auftragmangels und namentlich durch Aktien-Besitzverschiebung, durch die es in die Hände der Vestag gelang, doch stillgelegt.

Im Verlauf von drei Versammlungen, die seit dem 20. Juli in Duisburg stattfanden, hat sich nun auf Grund der Initiative des ehemaligen Generalsekretärs des Stahlwerkes Becker, Heuer aus Villich, eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter und Angestellten der Hütte Ruhrort-Meiderich gebildet, die zunächst durch einen Arbeitsausschuß verkörpert wird.

## Der Betrieb soll wieder laufen!

Heuer und der Arbeitsausschuß versuchen den Betrieb der Hütte Ruhr-Meiderich wieder ins Leben zu rufen. Wie soll das vor sich gehen?

Vorausschicken muß man, daß es sich hierbei um ein modernes Werk handelt, dessen Thomas- und Siemens-Martin-Werk namentlich dem neuesten Stande der Technik entsprechen.

Heuer, der selber in den Versammlungen seinen Plan der Wiederinbetriebnahme des Werkes entwickelte, führte am 20. Juli aus, daß eine ähnliche Arbeitsgemeinschaft bei dem Stahlwerk Becker gegründet worden ist, die die gleichen Ziele verfolgt. Die frühere Kundschaft des Stahlwerkes Becker soll nach den Ausführungen Heuers auf Grund voraufgegangener Verhandlungen zwischen dieser und der Arbeitsgemeinschaft, derselben mehrjährige Lieferungsverträge und Bezahlung im voraus angeboten haben. (Soviel mir aus Wirtschaftsberichten bekannt ist, war die Sowjet-Union bis zur Stillegung der Hauptabnehmer bei Becker.)

Heuer führte weiter aus: Nimmt man den

**Abbruchswert des Werkes mit 0,5 bis 1 Million Mark**

an — zu diesem Preis hofft die Arbeitsgemeinschaft (kurz A.-G.) das Werk zu erwerben — so brauche man nicht wie früher 10—12 Millionen Mark zu verzinsen und könne gut die mit den Gewerkschaften vereinbarten Tariflöhne und noch einen ansehnlichen Prozentsatz darüber bezahlen. Natürlich brauche die A.-G. auch keinen so aufgeblähten Aufsichtsrat mit ungeheuren Tantiemen und keinen vielköpfigen Vorstand mit Millioneneinkünften. Die hierdurch gemachten Einsparungen garantierten zusammen mit dem vorgenannten Kapitalschnitt die Rentabilität des Werkes bei höchsten Löhnen.

Bei der Hütte Ruhrort-Meiderich sei die Finanzierung durch die Kunden natürlich nicht möglich. Eine andere Möglichkeit, Geld zu bekommen, sei, *daß das Reich einspringe*. Heuer erwähnte in diesem Zusammenhang, die neuesten Finanzmanipulationen des Reiches in der Schwerindustrie und im besonderen den Ankauf des Aktienpakets Fick der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft. *Mit diesem Ankauf habe das Reich maßgebenden Einfluß auf die „Vestag" erworben und könne sich nun dem Allgemeininteresse der hiesigen Industriebevölkerung ebensowenig versagen, wie es der Industrie, der Schiffahrt und den Großbanken u. s. w. beigesprungen sei.*

**Das Reich müsse auch den Erwerbslosen stillgelegter Betriebe beispringen, wenn sie gewillt sind, ihren Betrieb wieder in Gang zu bringen.**

Heuer rechnet mit einer Subvention von seiten des Reiches in Höhe von 7,5 Millionen Mark; dieser Betrag genüge, um die stillgelegten Werke Becker und Ruhrort-Meiderich unter der Regie der Belegschaften wieder in Betrieb zu setzen. Die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe auf dem Weltmarkt sei auch bei den Hüttenwerken gegeben, wenn man nicht mehr 800 Millionen Mark Aktienkapital, wie bei der „Vestag" zu verzinsen brauche, die Belegschaft sich einen ehrenamtlichen Aufsichtsrat wähle und keine phantastischen Direktorengehälter mehr zahle.

*

In den Aussprachen, an denen die Belegschaftsmitglieder sich sehr zahlreich und sachlich beteiligten, wurde davor gewarnt, sich Illusionen hinzugeben. Die Stimmung in den Versammlungen war zwar *nicht ablehnend*, aber doch *kritisch*. Es wurde bezweifelt, daß eine Regierung Papen, die zwar ein „Wohlfahrtsstaat" nach der Seite der Großkapitalisten sei, aber diesen „Wohlfahrtsstaat" ja nach der anderen Seite abzubauen beabsichtigt, zu einer Hilfe für die Arbeiterschaft bereit sei. Man dürfe sich nicht über die Schwierigkeiten, die der Arbeiterschaft entgegenständen, hinwegtäuschen. Die gesamte kapitalistische Privatwirtschaft würde sich den Bemühungen der Belegschaft entgegenstellen und darüber hinaus international durch Kartelle und Syndikate den Kampf gegen diese Art Sozialismus führen.

Man konnte in diesen Versammlungen den Eindruck gewinnen, daß die Belegschaft der Hütte trotz langer Erwerbslosigkeit sich den klaren Blick für wirtschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten noch bewahrt hat.

*

Auf der dritten Versammlung am 4. August, die sehr stark besucht war und polizeilich gesperrt wurde, hielt Generaldirektor Heuer wieder das Referat, das in seinen wesentlichen Punkten dem in der zweiten Versammlung glich. Es war nicht allzuviel, was er an Positivem berichten konnte. Man habe, so meinte er, in Willich bereits erreicht, daß man nicht mehr von einer Verschrottung des Werkes Becker spreche, sondern daran denke, es *von der Werksleitung aus wieder in Betrieb zu nehmen.*

In der Frage der Finanzierung berief er sich auf das Wohlwollen des Finanzministeriums, das er aus den Reden Papens und Schleichers entnahm. Aus der Versammlung wurden vielfach Zurufe gemacht. Als man Heuer zu verstehen gab, daß die neue Regierung nur darauf aus sei, die Löhne der Arbeiterschaft herunterzudrücken, meinte er, das würde der Arbeiterschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich nicht viel schaden, *wenn sie das Werk selber in Betrieb habe.* Sie könne jedenfalls mehr Löhne als die anderen, nach den alten Methoden arbeitenden Werke zahlen. Dann aber machte Heuer die auffallende Bemerkung: daß die Löhne heruntergesetzt würden, könne die Arbeiterschaft nicht aufhalten, weil man versuchen würde, wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Dann kam Heuer mit einer Neuigkeit: Er habe sich bereits an Geldleute gewandt und ihm sei die

**Zuwendung von Geldsummen für Inbetriebnahme — falls das Reich trotz seiner Beteiligung an der „Vestag" versagen sollte — in Aussicht gestellt worden.**

Aus England sei ihm ein Betrag von mehreren Millionen Pfund angeboten worden, der zu 6—8 Prozent zu haben sei. (Wollen etwa englische Firmen sich einen billigen Lieferanten schaffen?)

Heuer empfahl die Auflegung von Listen, in die die Belegschaftsmitglieder, die mit dem Vorgehen des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft einverstanden seien, sich einzeichnen sollten.

*

Auch diese Versammlung verlief in der Diskussion sehr lebhaft. Einer mahnte: Man solle um Gottes Willen nicht mit dem Gefühl nach Hause gehen, daß man in einigen Wochen wieder den Arbeitskittel anziehen könnte. Ein anderer Diskussionsredner bemängelte die Ausführungen Heuers als reichlich unklar; sicher sei, daß der Unternehmer auf sein Eigentumsrecht unter keinen Umständen verzichten werde. Wieder ein anderer meinte, ein von der eigenen Belegschaft betriebenes Werk könne sich nicht aus dem heutigen Kartell- und Syndikatsmonopolismus lösen. Jedenfalls bringe man den Kapitalisten, die das Geld hergeben wollten, das größte Mißtrauen entgegen, besonders, weil sie aus dem Ausland kämen. Zu dem ausländischen Geldangebot äußerte man sich sehr kritisch und wollte im allgemeinen nicht viel von dieser Art Finanzierung wissen.

Der frühere Betriebsratsvorsitzende äußerte sich auch diesmal wieder kritisch. Man habe wenigstens erreicht, daß das Augenmerk weitester Kreise auf die brachliegende Hütte gelenkt worden sei. Die Bestrebungen der Betriebsgemeinschaft beziehungsweise des Arbeitsausschusses will man nach Kräften unterstützen und in Fluß halten. Man will sich nicht damit beschäftigen, Geld aus dem Ausland oder einer anderen Stelle herzuholen, sondern man will die Oeffentlichkeit mobil machen, und *die Verwaltung der „Vestag" veranlassen, endlich klipp und klar darüber Auskunft zu geben, was sie mit dem Werk in nächster Zeit vorhabe.* Das Herausziehen von Maschinen und Material lasse die Befürchtung aufkommen, daß das Werk denselben Weg gehen solle, wie das Stahlwerk Becker (das kurz vor der vollständigen Verschrottung stand).

Der Ruf der Arbeiterschaft nach Wiederinbetriebnahme dürfe nicht verstummen und das sei der oberste Zweck, den sich die A.-G. als durchaus ernsthaftes Ziel setzen müsse. *Von allem anderen wolle man vorläufig absehen.*

## Das Echo in der Öffentlichkeit.

Der Widerhall, den diese Versammlungen in der Oeffentlickkeit fanden, ist im allgemeinen kritisch. SP- und Zentrumspresse stehen diesen Dingen skeptisch gegenüber.

Die freien Gewerkschaften erklären in bezug auf die Bestrebungen der Belegschaft, daß sie jede Anregung, gleichgültig von wem sie ausgeht, fördern und unterstützen, wenn durch sie die Einreihung von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und Besserstellung der Arbeiter erreicht werden kann. Sie warnen jedoch vor Experimenten, die geeignet sind, Enttäuschungen bei der Belegschaft der Hütte Ruhrort-Meiderich hervorzurufen.

Die örtlichen Funktionäre der freien Gewerkschaften stellen sich den realisierbaren Anregungen der Ruhrort-Meidericher A.-G. zur Verfügung.

Bedauerlich ist auch hier wieder, daß

**die Gewerkschaften sich die Führung in einer Angelegenheit für die eigentlich die Gewerkschaften zuständig sind, aus den Händen nehmen lassen.**

Und zwar um so mehr, als es sich bei dieser Teilaktion um ein Verschleiern der wahren Aufgaben und Interessen der Arbeiterschaft handelt, ganz abgesehen davon, daß die Führung in den Händen eines *ehemaligen Generalsekretärs* Heuer, liegt, von dem man wirklich nicht genau sagen kann, in welche Front er politisch und wirtschaftlich hineingehört.

Da nach Lage der Dinge, wie wir sie jetzt in politischer und wirtschaftlicher Beziehung im Reich haben, die realisierbaren Möglichkeiten bis auf nahezu Null herabsinken, sie andererseits ein Kapitel berühren, das wir im „Funken" als die *„Wunde im Westen"* bezeichneten, so ist durch diese Arbeitsgemeinschaft wenig auszurichten.

Um etwas Entscheidendes in dieser Richtung durchzuführen, bedarf es einer größeren und stärkeren Einheitsfront als nur der eines einzelnen Werkes. Hierzu ist erforderlich der Zusammenschluß *aller Arbeiter und Ausgebeuteten in einer Einheitsfront*, die als gewerkschaftliche und politische Macht gegenüber dem Monopolkapitalismus auftreten kann.

## Sonntagsreden von Staatsministern.

Das Fest in Gdingen, das die alten Legionäre, mit denen Pilsudski zur Macht gekommen ist, am Sonntag gefeiert haben, ist unter manchen Geschmacklosigkeiten, wie das bei patriotischen Veteranen üblich ist, vor sich gegangen. Bedeutsamer als die Schilderung dieser Ereignisse ist für die Oeffentlichkeit die Tatsache, daß Pilsudski einen alten Aufsatz aus dem Jahre 1924 ausgegraben hat, den er nun an diesem Tag in der „Gazetta Polska" veröffentlicht hat. In diesem Aufsatz schreibt er von allerlei netten Erinnerungen an Deutsche, mit denen die Polen im Krieg gute Kameradschaft gehalten hätten. Alles in allem kein Anlaß für deutsche Nationalisten, sich aufzuregen.

Das gleiche gilt für die Einweihung des Moselkanals, der Lebrun und Herriot am Sonntag in Metz beigewohnt haben. Natürlich ging es nicht ab ohne einige Worte der Liebe zu Frankreich, das Metz nun wieder in seine Arme gezogen habe. Andererseits wurde die Mosel als ein Weg des Friedens bezeichnet, der geeignet sei, zwei große Kulturen mit einander zu vereinen.

Schleicher und Papen haben zwei Interviews gehabt. Papen hat mit einem englischen Obersten gesprochen. — Es kann ja mitunter auch an dem Fragenden liegen, wenn die Antworten eines Menschen nicht sonderlich glücklich ausfallen.

Schleicher ist von einem Vertreter der dänischen Zeitung „Politiken" ausgefragt worden. Die Wiedergabe der Schleicherschen Auskünfte ist von einer so katastrophalen Ungereimtheit, daß man dieses Gerede nur damit entschuldigen kann, daß wohl der Interviewer kein Deutsch und Schleicher kein Dänisch versteht. Für den Gang der Weltgeschichte wird dieses sprachliche oder sachliche Fiasko wohl auch ohne weitere Folgen sein.

---

**Der Brachtsche Sittlichkeitserlaß** soll bereits etwas angejahrt sein: Schon Severing sollte ihn unterzeichnen, aber selbst der stets gefällige „kleine Metallarbeiter" konnte sich dazu nicht entschließen. — Genaue Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlaß sollen nunmehr Anfang der Woche herauskommen.

**Durch eine Kohlenstaubexplosion** verletzt wurden vier Arbeiter und zwei Angestellte der Grube Friedrich Ernst in Senftenberg (Lausitz). Zwei Arbeiter haben schwere Brandwunden erlitten. Ursache: Selbstentzündung.

Verantwortl.: Schriftleiter: Willi Bichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# Textilarbeiterstreik.

Von Hans Kakies.

Vor einiger Zeit war unter den Textilarbeitern des München-Gladbacher Tarifgebietes eine Streikbewegung ausgebrochen, die etwa 3000 Arbeiter erfaßte. In sechs Betrieben wurde gestreikt: bei Cohen, Josten, Klein & Vogel, Achter & Ebel, Floersheim und Dormanns.

Das ganze Tarifgebiet zählt über 35 000 Textilarbeiter. Der Streik hat also nur einen geringen Prozentsatz der Textilarbeiterschaft erfaßt. Dennoch hat er — auch über das davon betroffene Gebiet hinaus — eine Bedeutung und ist in vieler Hinsicht aufschlußreich.

## Die Ursachen des Streiks.

Der staatliche Schlichtungsausschuß für München-Gladbach fällte am 12. Juli in der Lohnbewegung der Textilindustrie einen Schiedsspruch, der die Löhne der männlichen Arbeiter um 5 Prozent, die der weiblichen um 7 Prozent senkte. Der Schiedsspruch enthielt außerdem noch eine Sonderbestimmung, nach der die Lohnverhältnisse der Buxkinweber, die bisher bis zu 20 Prozent über Tarif bezahlt erhielten, kolossal verschlechtert worden wären; teils durch Abbau der übertariflichen Löhne, teils dadurch, daß die schlechteren Tarifsätze der Baumwollweber auf sie Anwendung finden sollten.

Gerade dies löste unter der Textilarbeiterschaft starke Erregung aus. Die große Lohnkommission lehnte daher diesen Schiedsspruch ab. Die Lohnkommission setzte sich folgendermaßen zusammen:

8 Freie Gewerkschafter,
12 Christliche,
2 Hirsch-Dunckersche.

Die neuen Verhandlungen vor dem Schlichter scheiterten, worauf beide Parteien direkt verhandelten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, das in einigen Punkten den Schiedsspruch abmilderte, wurde in der erweiterten Lohnkommission am 17. Juli mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Trotzdem setzte am 18. in den genannten Betrieben die Streikbewegung ein. Doch wurde der Streik nicht von Anfang geschlossen durchgeführt; einzelne Betriebe traten in den Streik, als andere schon wieder an die Arbeit gingen.

## Wer führte?

Der Streik, der unter ausgesprochen wirtschaftlichen Parolen einsetzte, ist von den Gewerkschaften nicht sanktioniert, sondern als wilder Streik erklärt worden. Dennoch haben in den erwähnten Betrieben Freigewerkschafter, Christliche, die „Hirsche" und Unorganisierte gemeinsam gestreikt, einschließlich der Betriebsräte. Von den Gewerkschaften wird der Streik als eine Mache der RGO und der KPD dargestellt. Die Streikenden selber (auch die Freigewerkschafter) weisen diese Behauptung jedoch zurück und erklären, daß der Streik erst später die Unterstützung der RGO und der IAH gefunden hat. Nach verschiedenen Berichten ist der Einfluß der RGO zahlenmäßig bisher gering gewesen. So zählte z. B. die RGO-Zelle im Betrieb Josten, der mit seinen 800 Arbeitern einer der größten Textilbetriebe im Bezirk ist, nur etwa 60 Mann. Die weitaus meisten Textilarbeiter sind im Christlichen Textilarbeiter-Verband organisiert. Dann folgen die Freien Gewerkschaften, während die „Hirsche" kaum nennenswerten Einfluß haben. Interessant ist noch, daß in einem Betrieb auch eine Nazi-Zelle von etwa 30 Mann besteht. Einen gewissen Aufschluß über die politische Stimmung im Bezirk Gladbach-Rheydt geben die letzten Reichstagswahlen, von denen wir daher hier einen Auszug folgen lassen:

| | 31. Juli 32 | 24. April 32 | 14. Sept. 30 |
|---|---|---|---|
| KPD | 22 919 (20,87 %) | 16 525 | 20 563 |
| SPD | 6 575 ( 5,98 %) | 5 459 | 6 960 |
| Z | 43 386 (39,52 %) | 40 149 | 33 996 |
| NS | 30 139 (27,45 %) | 35 19[illegible] | 17 289 |

Diese Zahlen zeigen, daß das Gebiet ausgesprochen schwarz ist. (M.-Gladbach ist auch der Sitz des Volksvereins für das katholische Deutschland.) Dementsprechend auch die Organisationsverhältnisse in den Gewerkschaften.

Es ist also sicher irreführend, die Streikbewegung als kommunistisch hinzustellen. Dazu steht auch im Widerspruch, daß die Arbeiter aus allen Gewerkschaften einheitlich mit den Unorganisierten gestreikt haben. Hierauf sagen die Vertreter der Gewerkschaften, daß die Arbeiter sich der Gewalt der Streikwütigen fügen mußten. Die Berichte vieler Arbeiter aber sehen anders aus: die Unternehmer hätten in und vor ihren Betrieben Polizei aufstellen lassen, die mit Gummiknüppeln die Straße säuberte. Die Polizei sei, so wird berichtet, gegen die Arbeiter vor dem Betrieb vorgegangen mit der Aufforderung, entweder in die Betriebe zu gehen oder nach Hause, auf jeden Fall aber die Straße frei zu machen. Hierdurch sind die Arbeiter sogar verwirrt worden und zum Teil in die Betriebe hineingegangen. Nach diesem Verfahren haben die Unternehmer einer ganzen Reihe kleiner Betriebe die Streiks unterbunden. Im Betrieb von Bresser & Seifert hätte — so hörte ich — der Betriebsleiter seiner Belegschaft erklärt, sie solle ruhig wieder an die Arbeit gehen, er dächte nicht daran, einen Abzug vorzunehmen. Darauf ist die Belegschaft wieder an die Arbeit gegangen. Natürlich ist auch hierdurch die Geschlossenheit der Streikbewegung gestört worden. Im Lauf einer Woche haben dann die sechs Betriebe einer nach dem andern wieder die Arbeit aufgenommen, nachdem die Gewerkschaften mit den Betriebsvertretungen Verhandlungen hatten. Nach neun Tagen ist schließlich auch vom Betrieb Josten die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem von Arbeitgeberseite erklärt wurde, daß keiner der Arbeiter gemaßregelt werden sollte.

## Die Stellung der RGO.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die RGO versucht, auf die Streikbewegung Einfluß zu gewinnen. Sie hat das mit vielem Fleiß getan. Im Anfang mußte sie sich zurückhaltend benehmen, da sie sonst von den Streikenden abgelehnt worden wäre.

**Nachdem aber die Gewerkschaften es nicht nur ablehnten, den Streik zu unterstützen, sondern sogar dagegen arbeiteten, war der RGO der Weg zu den Streikenden geöffnet.**

Wenn die RGO anfangs nur beratend zur Seite stand, so konnte sie jetzt aktiv eingreifen. Es wurde eine Unterstützungsaktion organisiert, zu der die IAH ihre Feldküchen zur Verfügung stellte. Es wurden täglich etwa 1000 Portionen Essen an die Streikenden ausgegeben. Die Mittel hierzu wurden von der zentralen Streikleitung bei Bauern, Geschäftsleuten und Arbeitern gesammelt. Die Speisungen wurden bis zum 3. August weitergeführt, an dem die Arbeiter wieder den ersten Lohn nach dem Streik erhielten. Diese Unterstützungsaktion, so kärglich sie im einzelnen war, hat bei den Streikenden berechtigter Weise lebhafte Sympathie ausgelöst, die zweifellos der RGO zugute kommen wird, während die Gewerkschaften, die ohnehin schon stark an Mitgliedern verloren haben, wohl weitere Verluste erleiden werden.

Wie es heißt, sollen die Mitglieder der Freien Gewerkschaften von ihrer Organisation eine Sonderunterstützung für den Lohnausfall infolge des Streiks erhalten.

## War der Streik politisch?

Nach verschiedenen Urteilen galt dieser Streik auch der politischen Reaktion. Dies ist jedoch wohl mehr der Wunsch der kommunistischen Vertreter geblieben, während die Mehrzahl aller Streikenden sich für rein wirtschaftliche Forderungen einsetzte. Die katholische und sozialdemokratische Presse erklärten, daß die KP und die RGO den Streik für ihre politischen Zwecke und zur Wahlpropaganda mißbraucht hätten. Den Anlaß zu dieser Behauptung gab u. a. die Rede eines auswärtigen KP-Abgeordneten in einer zentralen Streikversammlung, die auch von RGO-Vertretern selber für einen Fehler gehalten wird.

Zweifellos war der KP aber ihre parteipolitische Propaganda gerade dadurch erleichtert, ja im Grunde erst ermöglicht, daß die Freien wie die Christlichen Gewerkschaften den Streik sabotierten.

## Die Freien Gewerkschaften.

Die Vertreter der Freien Gewerkschaften erklärten, man könne in der heutigen Lage keinen Streik riskieren. Wie so häufig, diente als Begründung vor allem der Hinweis auf das große Heer der Erwerbslosen. Wie mir von Arbeitern berichtet wurde, haben sich aber tatsächlich Erwerbslose *geweigert*, sich in die bestreikten Betriebe vermitteln zu lassen, — während zum Beispiel Vertreter der Christlichen Gewerkschaften es waren, die ihre Mitglieder aufforderten, in geschlossenen Trupps in die Betriebe zu gehen, dann würden alle anderen nachfolgen und der Streik beendet sein! Es war zweifellos eine starke Kampfbereitschaft bei den Belegschaften vorhanden; andernfalls hätte die RGO gar nicht Einfluß gewinnen können. Sogar der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften schrieb, daß die Arbeiterschaft in der Textilindustrie so verbittert und erregt sei, daß „es nur eines Funkens bedarf, um den vorhandenen Zündstoff zur Explosion zu bringen". Daß die Christlichen Gewerkschaften davor zurückscheuen, diesen Funken selber zu legen, ja, daß sie die vorhandene Streikstimmung abzubremsen versuchen, ist nicht sehr verwunderlich; denn sie stehen ihrem Programm nach nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Freien Gewerkschaften aber sind durch ihr Programm verpflichtet, die Arbeiterschaft nicht ständig nur durch magere Verhandlungsergebnisse zu beschwichtigen, sondern *selber in den Kampf zu führen*. Auf diesem Boden würden sie den Sonderbestrebungen der RGO besser das Wasser abgraben, als durch Hetzartikel in ihrer Presse gegen die Kampfmaßnahmen der IAH, — die immerhin, bei all ihrer Unzulänglichkeit, doch Solidaritätsaktionen sind.

Nur wenn ein *einheitlicher* Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft tatsächlich geführt würde — dem die Christlichen Gewerkschaften sich dann vielleicht anschließen *müßten* — nur dann wäre ein Urteil über Erfolgsmöglichkeiten eines solchen Streiks am Platze. Gewiß, dieser Streik, uneinheitlich geführt und von der Leitung der Christlichen wie der Freien Gewerkschaften bekämpft, brachte keinen materiellen Erfolg für die Streikenden. Sie mußten froh sein, daß sie Maßregelungen verhindern konnten. Aber das beweist nichts dagegen, daß ein einheitlicher Streik einen Erfolg gehabt hätte.

Das sollten vor allem auch die KP-Genossen endlich begreifen, die ja sehen, daß die RGO, abgesehen von kleinen Teilerfolgen, nichts Entscheidendes ausrichten kann, ja daß sie durch die weitere Zersplitterung der Belegschaften nur den Klassengegner stärkt. Sie sollten innerhalb der Freien Gewerkschaften, und unter Verzicht auf alle zersetzende Fraktionsarbeit, daran mitarbeiten, daß die wirtschaftlichen Kämpfe wieder geführt werden. Sie sollten sich bemühen, in diese Front dann auch die Arbeiter aus den Christlichen Gewerkschaften herüberzuziehen, um eine Einheitsfront gegen die Unternehmer zu schaffen.

## NS beteiligen sich am Streik!

Eine ganz üble Rolle hat in diesem Streik die NSBO-Zelle bei der Firma Josten gespielt. Während der ganzen Vorverhandlungen haben sich ihre Vertreter in den Betriebsversammlungen wohlweislich ausgeschwiegen. Sie haben sich gehütet, gegen die Arbeitgeber zu sprechen, denn einer der Betriebsleiter der Firma Josten ist selber NS. Nachdem indessen die Belegschaft sich einstimmig für den Streik erklärt hatte, hätte sich die NSBO-Zelle als einzige gegen den Streik erklären müssen. Hierzu fehlte ihr der Mut. Sie holte schleunigst die Genehmigung ein, mitstreiken zu dürfen und gebärdete sich nun besonders radikal. Sie stellte zum Beispiel auf eigene Faust vier Mann Streikposten, die die Nazi-Armbinde umhatten und ein großes Schild vor dem Bauch, mit der Aufschrift, daß hier die NSBO streike. Diese Burschen, die vorher ängstlich dagegen protestiert hatten, daß der Streik ins Politische gezogen würde, nutzten nun als erste den Streik für ihre politische Demagogie aus. Auf Anordnung der Streikleitung mußten sie zwar ihre Streikposten einziehen; vorher ließen sie sich aber noch schleunigst mit ihren Aushängeschildern photographieren. Solche Reklametricks sind nötig, um notfalls beweisen zu können, daß die NSDAP eine Arbeiterpartei ist!

Auf alle Fälle muß jeder Genosse gut im Bilde sein über die Absichten der NS in den Betrieben. Eine kürzlich im Dietz-Verlag erschienene 10-Pfennig-Broschüre von Dewald: Kampf dem Betriebsfaschismus, enthält dazu brauchbares Material. Für die *Abwehr* des NS-Einflusses aber gilt auch hier: Je geschlossener die sozialistischen und kommunistischen Genossen zusammenstehen, umso leichter werden sie diese Elemente aus den Reihen der Arbeiterbewegung fernhalten.

# Neues Vorfühlen des Terrors.

Gegen die Dresdener Geschäftsstelle der KPD wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Sprengkörper geschleudert. Ein Heizer wurde verletzt.

Schlägereien der Nazis mit politischen Gegnern sind aus einigen Orten gemeldet: Sportplatz Marienburg bei Borgedorf: am Sonnabend ein SS-Mann durch Messerstiche verletzt. Noel-Platz in Köln: am Sonnabend abend erhielt ein Kommunist einen Oberschenkelschuß. In Köln-Nippes, Merheimerstraße, [illegible] verletzt. [illegible] Sonntag der SA-Mann [illegible] Armschuß verletzt, der Vater eines jungen Kommunisten durch Bruststeckschuß verletzt.

Im Zusammenhang mit den Terrorfällen in der Nacht zum 4. August in München sind, wie der Polizeibericht mitteilt, neuerdings sieben Angehörige der SA festgenommen worden.


MAGDEBURG

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel

zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guericke-Straße 104

Maßarbeit erstklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG

Berlin-Reinickendorf-Ost

Hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung med. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

Ab 12. August Fritz Langt

„Mörder unter uns"

mit Peter Lorre, Th. Loos, P. Kemp, Valetti, Lingen, Gnes, Gründgens.

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes von Ku Hung-ming.

107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.



Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 31342

# Die Tatsachenberichte über Hitlers Besuche am 13. August.

Amtlich wurde über den Besuch Hitlers bei Hindenburg folgendes mitgeteilt:

„Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne,

**die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei.**

Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen."

Die Telegraphen-Union erfährt darüber hinaus noch folgende Einzelheiten:

„Der Reichspräsident stellte an Adolf Hitler die betont offizielle Frage, ob er und weitere Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei bereit seien, in das Kabinett Papen einzutreten. Adolf Hitler erwiderte, daß für ihn nur die Uebernahme der vollen Staatsführung in Frage komme und daß er nicht bereit sei, sich mit anderen in die Regierungsverantwortung zu teilen. Der Reichspräsident wies dann mit großer Würde darauf hin, daß es ihm nicht möglich sei, einer einzelnen Partei die gesamte Staatsführung und Regierungsgewalt zu überantworten, da er die Verantwortung dafür vor seinem eigenen Gewissen und vor dem deutschen Volke nicht übernehmen könne. Er ermahnte dann den Führer der NSDAP, daß er auch jetzt, wenn er in die Opposition gehen wolle, seiner Pflichten und seiner Verantwortung gegenüber dem Vaterland eingedenk bleiben möge."

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt über die Besuche Hitlers mit:

„Der Führer wurde heute zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zu Reichspräsident von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage.

Da aber der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betreuen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Die nunmehr zu treffenden Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben werden.

Der Führer verließ noch am Sonnabend Berlin.

Zu dem amtlichen Kommuniqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen, das in manchen Punkten nicht unbedeutende Unrichtigkeiten enthält, wird die NSDAP noch Stellung nehmen".

## Französische Rechts-Presse zum 13. August.

In Frankreich bezeichnet man den vergangenen Sonnabend, der den Abbruch der Kabinettsverhandlungen mit Hitler brachte, als Hitlers schwärzesten Tag.

Der „Matin" schreibt: Dreimal habe Hitler versucht, die Gewalt an sich zu bringen, und dreimal sei er von dem Block Hindenburg, Papen und Schleicher zurückgewiesen worden.

Das „Petit Journal" schreibt: Hitler hätte bis zum letzten Augenblick an die Durchsetzung seiner Forderung geglaubt. Wenn Hitler zur Gewalt übergehen sollte, so büße er seine Stellung als Führer einer nationalen Bewegung ein und werde zu einem bloßen Aufständischen.

Der „Temps" bezeichnet den 13. August als einen für Deutschland historischen Tag. Hitler habe die Tür zugeschlagen, durch die er auf legalem Wege hätte zur Macht kommen können. Der „Temps" hält den Bruch zwischen der größten Partei und dem Präsidialkabinett für endgültig.

# Naziführer als Waffendiebe.

L. E. Die Hauptverhandlung gegen drei an dem Waffendiebstahl bei der Kasseler Schutzpolizei Beteiligte ließ deutlich erkennen, weshalb in diesem Fall sowohl die Pressestelle der Polizei wie die Justizpresse — ganz gegen die Gewohnheit in Prozessen gegen links — über die Täter und die Hintergründe der Tat so ganz besonders schweigsam waren. Einige der Haupttäter fehlen auf der Anklagebank, unter ihnen jener Polizeibeamte, der von der NSDAP auf die Führerschule nach München geschickt wurde, als er wegen anderer Vergehen aus dem Polizeidienst entlassen wurde und auf den die dankbare Partei jetzt gern die Hauptschuld laden möchte. Auf der Anklagebank saßen ein junger Nazi, der an den Einbrüchen in die Waffen- und Munitionsläger der Schupo beteiligt war, ein SS-Führer, der als Chauffeur des Transportautos mitgewirkt hat, und schließlich noch ein adliges Fräulein, das einen Teil der Waffen und Munition versteckt hatte.

Für den, der hören konnte und wollte, war der Prozeß sehr aufschlußreich — trotz der Bemühungen der Prozeßbeteiligten, die wahren Zusammenhänge des Diebstahls zu verdecken und zu vertuschen. Es wurde klar, daß dieser Diebstahl im Einverständnis mit leitenden Funktionären der Kasseler NSDAP ausgeführt worden, ja, daß Hauptbeteiligter am Einbruch der besondere Vertrauensmann des berüchtigten Freisler ist, ein SS-Führer Verne, der seit einigen Tagen „nicht aufgefunden werden kann". Als der Diebstahl seiner Zeit bekannt wurde, hat Freisler die Frechheit gehabt zu behaupten — sogar in Anfragen im Stadtparlament —, daß der Diebstahl von Reichsbannerleuten unter besonderer Billigung des früheren sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Höhenstein begangen sei!

Der junge am Einbruch beteiligte Nazi schilderte glaubhaft die Tat. Er gab auch unumwunden zu, daß er von einem leitenden Funktionär Kropf, einem besonderen Günstling des Herrn Freisler, für den Fall des „Verrats" mit Erschießen bedroht worden war. Die gleiche Aussage machte auch eine der NSDAP angehörige Zeugin.

Der beteiligte SS-Führer log frech jede Beteiligung am Einbruch ab, wollte einen Teil der Beteiligten überhaupt nicht kennen und nicht einmal gemerkt haben, was seine Parteifreunde ihm um Mitternacht in der Nähe der Schupokaserne in das von ihm gefahrene Auto packten!

Eine besonders pikante Note bekam der Prozeß dadurch, daß sich aus dem Zuschauerraum plötzlich eine Zeugin meldete, die, angewidert von dem verlogenen Verhalten des SS-Führers, erklärte, sie wolle aussagen, obgleich sie sich selber damit belastete. Sie war selber an dem Fortschaffen der Waffen beteiligt gewesen, hat dann auch offenbar an der Aufdeckung des Diebstahls mitgewirkt. Als sie nach dem Motiv dafür gefragt wurde, erklärte sie, sie hätte als alte Nationalsozialistin — sie ist seit 1925 in der Partei — dafür sorgen wollen, daß „die vom Führer beschworene Legalität erhalten bleibe".

Der Staatsanwalt beantragte gleich für alle drei Angeklagten in Bausch und Bogen mildernde Umstände, da sie nicht vorbestraft seien und bemerkte dann nur noch zum Strafmaß, daß er dennoch für jeden der beiden Angeklagten eine Strafe von einem Jahr und einem Monat Gefängnis für erforderlich halte, weil doch der Einbruchsdiebstahl an „Staatseigentum" begangen sei, das besonders geschützt werden müsse. Nicht ein Wort sagte er zur politischen Seite der Sache, wie er auch schon in der Verhandlung, insbesondere bei der Vernehmung der oben erwähnten Zeugin peinlich darauf bedacht gewesen war, diesen so hochpolitischen Diebstahl völlig aus der Sphäre des Politischen, die NSDAP Belastenden herauszuziehen. Gegen das adlige Fräulein beantragte er 200 Mark (in Worten: zweihundert!) Geldstrafe, nachdem er etwa eine Woche vorher gegen einen kommunistischen Bauer, auf dessen Hof einige hundert seit dem Krieg dort lagernde, und zwar nachgewiesenermaßen ohne Wissen des angeklagten Kommunisten dort lagernde Patronen gefunden waren, 3 Monate Gefängnis beantragt hatte, obgleich dieser Kommunist auch unvorbestraft war und die Munition nicht etwa aus Schupokasernen gestohlen hatte.

Weihnachten 1931 wurden in der Wohnung eines Kasseler Kommunisten Waffen und Munition gefunden, die nach Ansicht der Staats- bzw. Reichsanwaltschaft zum Teil aus Einbrüchen in Jagdhütten herrühren sollen — aber nicht etwa aus Einbrüchen, die der Kommunist begangen hat. Gegen den Kommunisten läuft seit Weihnachten ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Er wurde damals mit seiner Frau verhaftet; er ist es heute nach fast ¾ Jahren noch, während man seine Frau nach etwa 4 Monaten Untersuchungshaft entließ. Er hat die bei ihm lagernden Waffen von dritten Personen erhalten, ist in keine Schupokaserne und auch sonst nirgends eingebrochen, ist auch unvorbestraft — aber ihn läßt man schon seit fast 9 Monaten in Untersuchungshaft, während im Fall der Nazi-Räuber, die sich nicht einmal scheuen, in Kasernen einzubrechen, das Gericht heute zu folgenden Strafen kam: die beiden Einbrecher erhielten je 5 Monate Gefängnis und 70 Mark Geldstrafe. Das adlige Fräulein erhielt eine Geldstrafe von 35 (in Worten: fünfunddreißig!!!) Mark.

Nach derartigen Urteilen wird wohl keinem Arbeiter mehr die Rolle der Justiz im Klassen- und gar im Faschisten-Staat unklar sein.

# Herstellung besserer Beziehungen.

## 1. Entspannung zwischen Polen und Danzig.

Im Laufe der letzten Tage haben unter Mitwirkung des Danziger Völkerbundskommissars Grafen Gravina und des von ihm nach Danzig eingeladenen Referenten für die Danziger Angelegenheiten im Völkerbundssekretariat, Helmer-Rosting, Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, eine Entspannung der Danzig-polnischen Beziehungen herbeizuführen. Als Ergebnis dieser Besprechungen sind am Sonnabend drei Protokolle von dem Präsidenten des Danziger Senats, Dr. Ziehm, von dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Dr. Papée, und dem Danziger Völkerbundskommissar, Grafen Gravina, unterzeichnet worden.

In dem *ersten Protokoll* hat der Vertreter Polens folgende Erklärung abgegeben: „Von dem lebhaften Wunsche beseelt, soweit es irgend in ihrer Macht steht, zur Besserung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen beizutragen, und da Danzig und Polen durch Verträge eng miteinander verbunden sind, erklärt sich

**die polnische Regierung fest entschlossen, energisch auf ihrem Gebiete gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen die Danziger Unternehmen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet ist,**

sowie von ihrer Autorität Gebrauch zu machen, um gegen Personen Danziger Staatsangehörigkeit gerichtete feindliche Handlungen oder Kundgebungen zu verhindern."

Der Vertreter Danzigs hat mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis genommen.

In dem *zweiten Protokoll* gibt der Vertreter Danzig seine ähnliche Erklärung ab, wonach auch Danzig fest entschlossen ist, auf seinem Gebiet

**gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen polnische Unternehmungen und die aus Polen kommenden Erzeugnisse gerichtet ist.**

In dem *zweiten Protokoll* gibt der Vertreter Danzigs seine Erklärung ab, nach der der Danziger Senat den polnischen Wünschen hinsichtlich der Erleichterungen für die polnischen Kriegsschiffe im Hafen von Danzig entgegenkommt.

## 2. „Was weiter?" Eine Anfrage von Litauen.

Kowno, 14. August.

Das Regierungsorgan „Lietuvos Aidas" führt am Sonntag u. a. aus: „Diese Haager Entscheidung müßte auch Deutschland zu der Einsicht bringen, daß Litauen nicht der barbarische Nachbar sei, wie dies in der deutschen Oeffentlichkeit während des jetzigen Memelstreites wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sei. Vor allem dürfe jetzt das Memelgebiet nicht mehr der Streitapfel zwischen Litauen und Deutschland werden. Im beiderseitigen Interesse müsse Deutschland endlich einsehen, daß mit solchen Mitteln, wie der Memelstreit diesmal ausgeführt wurde, nichts zu gewinnen sei. Litauen habe nie irgend welche schädlichen Absichten gegen Deutschland gehabt, sondern wolle nach wie vor im engsten Einvernehmen an dem Ausbau der friedlichen Beziehungen mitarbeiten. Leider hänge das nicht allein von Litauen ab. Die jetzige Haager Entscheidung wäre daher das beste Mittel, alle Hindernisse für eine gegenseitige Verständigung zu beseitigen.

*

Eine ehrliche Anstrengung, die umso wertvoller ist, als sie nicht nur aus der Siegesstimmung des für Litauen erfolgreichen Haager Urteils stammt, sondern auf Taten hinweisen kann, die unter dem neuen Präsidenten zu einem ruhigen Miteinanderarbeiten im Memelland geführt haben.

## 3. Herriots Entgegenkommen erfolgreich.

Die „Entente cordiale" unter französisch-englischer Führung hatte in Washington verschnupft. Man sah darin das Entstehen einer „Schuldnerfront" gegen die USA. Herriot bemüht sich seitdem, die Erkältung Stimsons zu kurieren durch eine achtsame und wohlwollende Interpretation aller von Stimson oder einem Beauftragten geäußerten außenpolitischen Ansichten. So hat er insbesondere aus Stimsons Rede über den Kellogg-Pakt alles herausgelesen, was für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten sprach. Er hat nun das nachstehende Schreiben erhalten:

„Herr Ministerpräsident! Auf Wunsch des Staatssekretärs habe ich die Ehre, Ihnen seine lebhafte Befriedigung und Wertschätzung in bezug auf die öffentliche Erklärung zum Ausdruck zu bringen, die Sie hinsichtlich des Kellogg-Vertrages gemacht haben. Er hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er Ihnen für die Billigung seiner Auslegung des Vertrages außerordentlich verbunden ist. Der Staatssekretär empfindet die Gewißheit, daß diese Uebereinstimmung der Anschauungen der beiden Völker, die die Anregung zum Briand-Kellogg-Vertrag ergriffen haben, eine Sicherheit dafür bieten werde, daß dieser wichtige Vertrag einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Weltfriedens sein und bleiben werde. Der Staatssekretär weiß besonders die rasche und unmittelbare Art Ihrer Aeußerungen zu schätzen."

*

Höflichkeit dient dazu, das Gemüt in eine der Erkenntnis günstige Stimmung zu versetzen. Ihre Anwendung zeugt daher ebensosehr von Geschmack wie von Klugheit.

## Ein Anlaß zum Einschreiten wird gesucht.

**Die Polizei gegen die KPD.**

Die Hamburger Polizei hat ihre im Gängeviertel mit so „riesiger" Ausbeute aufgenommene Tätigkeit mit noch gesteigertem Erfolg fortgesetzt: bei der Durchsuchung der kommunistischen Geschäftsstellen am Freitag wurde nichts Belastendes gefunden.

Auch in Allenstein wurde am Sonnabend eine Polizeiaktion gegen Funktionäre der KPD durchgeführt. Bei verschiedenen Kommunisten wurden Waffen gefunden. Ausdrücklich erwähnt werden nur eine Pistole und ein paar Gummiknüppel bei dem KP-Führer Grzeski, der deswegen gleich verhaftet wurde.

In Hammerstein (Grenzmark Posen-Westpreußen) förderten die Durchsuchungen bei Kommunisten Sprengpulver, Zündschnur, Schriften und einige Gummiknüppel zutage.

Im ganzen: ein überaus klägliches Ergebnis.

E. H. Wie vorsichtig man selbst die spärlichen Mitteilungen, die die Polizei über Erfolge ihrer Haussuchungen zu machen hat, aufnehmen muß, zeigt folgende Leistung bei der Erfurter Haussuchung: Dort wurde eine Rolle Filz, der dem Abdichten von Türen diente, als „Zündschnur" beschlagnahmt. Außerdem viele Zeitungen und Broschüren, auch Bücher, wobei kein Wort darüber verlautet, daß etwa diese Literatur illegal sei. Das Wegnehmen solcher Bücher dient also großenteils zu nichts anderem als dazu, den Redakteuren und Funktionären ihre Arbeit zu erschweren. Auch in Erfurt großer Arbeitsaufwand seitens der Polizei: Freilegen der im Keller aufgestapelten Winterkohlen, Umgraben des anliegenden Gartens u. s. w. Trotz allem war die Ausbeute in Erfurt so gering, daß Verhaftungen nicht vorgenommen werden konnten.

# Niedergang des deutschen Kapitalismus?

Fritz Sternberg: „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus." Verlag Rowohlt, Berlin 1932. 400 Seiten. Broschiert 7,50 Mark, gebunden 9,— Mark.

Sternberg gibt auf rund 300 Seiten eine Analyse der wirtschaftlichen Lage: Er schildert die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Wirtschaft auf der Erde, wiederholt dann diese Analyse für Deutschland, beides unter Wiedergabe zahlreicher, gut zusammengestellter Statistiken. Auf den restlichen 100 Seiten läßt er eine Analyse der Parteigruppierungen folgen und schließt sein Buch ab mit einem Kapitel über „Die Aufgabe der Arbeiterklasse".

Wenn wir nun unsererseits diese Analyse analysieren und darauf sogar verhältnismäßig viel Raum im „Funken" verwenden, so tun wir das nicht nur, weil in Sternbergs Buch ganz richtige Gedanken enthalten sind, sondern, um einmal das genau unter die Lupe zu nehmen und zu kennzeichnen, was manche als marxistische Wissenschaft zu bezeichnen belieben.

Die Ergebnisse, zu denen Sternberg in dem letzten Kapitel des hier besprochenen Buches kommt, nehmen wir hier zunächst mit seinen eigenen Worten vorweg.

### Die Aufgabe: Einheitsfront!

„Notwendig ist die Organisierung der außerparlamentarischen Kämpfe; notwendig ist dafür der Block der gesamten Arbeiterschaft der SPD und der KPD unter Parolen, für die die Arbeiterschaft als gesamte Klasse bereits heute bereit ist zu kämpfen." (Seite 395.)

„Nicht Eiserne Front allein, nicht Rote Front allein — sondern

**eiserne rote Front von den sozialdemokratischen bis zu den kommunistischen Arbeitern,**

das ist die Aufgabe.

Zwei Frontabschnitte sind es vor allem. Der erste ist der Kampf gegen Lohnraub, gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen." (Seite 396.)

„Der zweite Frontabschnitt ist der direkte Kampf gegen den Nationalsozialismus." (Seite 397.)

„Der Kampf für die Einheitsfront der Arbeiterklasse, der die Voraussetzung ist zum Sieg über den Faschismus, ist ein unendlich schwerer. Die Möglichkeit, daß die Konterrevolution vorher über die deutsche Arbeiterklasse siegt, ist durchaus gegeben; die Möglichkeit damit, daß ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise organisiert wird." (Seite 399.)

*

Mit den politischen Konsequenzen, die Sternberg aus seiner Analyse der Lage zieht, sind wir fast völlig — mit den zitierten Sätzen überhaupt ohne Vorbehalt — einverstanden.

## Ansatzpunkte zur wirtschaftspolitischen Einheitsfront.

Wir haben an Sternbergs Buch viel, sehr viel auszusetzen. Gerade deshalb stellen wir an zweiter Stelle einige Behauptungen zusammen, die unsere Leser aus dem „Funken" kennen, die wir mit Freude auch bei Sternberg finden und von denen wir hoffen, daß sie

**möglichst bald Gemeingut aller sozialistischen Wirtschaftspolitiker werden:**

1. Der tiefste Grund der Krise ist die Klassenschichtung und die sich daraus ergebende Unterkonsumtion der Massen. (Seite 154.)

2. Krieg und Kriegsfolgen sind nicht die *entscheidenden* Faktoren, die die heutige Krise verursacht haben. (Seite 86.)

3. „In früheren Krisen fielen die Preise schneller als die Löhne, sodaß der Reallohn der beschäftigten Arbeiter stieg. . . In der heutigen Krise dagegen sind die Löhne der Beschäftigten bereits stärker gefallen als die Preise. . . ." (Seite 257.)

4. Kartelle und Trusts haben niemals die Krise abgeschwächt. Sie wirken in der Richtung, die Wirkung der Krise von sich auf andere abzuwälzen. (Seite 156.)

5. Auch Sternberg ist gegen die „Scharlatanerie all der Pläne, die glauben, durch eine ‚Autarkie' durch eine forcierte Abschließung von der Weltwirtschaft auf kapitalistischer Basis aus der Krise herauskommen zu können." (Seite 284.)

6. In hochkapitalistischen Ländern war die Betriebskonzentration nicht von einer entsprechenden Besitzkonzentration begleitet. (Seite 29.)

7. „. . . . es ist bisher nicht festzustellen, daß proportional mit der Verelendung der Arbeiterklasse ihr revolutionäres Klassenbewußtsein sich entwickelt hat, ihr Bewußtsein, daß der Kapitalismus nur revolutionär niedergerungen werden kann. . . ." (Seite 313.)

8. Die Interessengegensätze zwischen Bauern und Großgrundeigentümern sowie das Interesse der Bauern an einer kaufkräftigen Industriearbeiterschaft werden von Sternberg klar hervorgehoben. (Seite 265—276.)

*

Eine erfreuliche Reihe von Behauptungen, in denen wir mit Sternberg einig sind! Was uns von ihm trennt, ist weitgehend in seiner Stellung zum Marxismus begründet. Darum zunächst einige Worte über:

### Sternberg als Marx-Schüler.

Bereits bei Veröffentlichung seines Buches über „Imperialismus" (1926) zeigte sich, daß Sternberg den Marxismus nicht ganz geschluckt hat. Er hat aber doch stark von dieser Speise gegessen. Wie stark, zeigt ein Satz wie der folgende: „Ohne Imperialismus Krisenzyklus von einer Wucht, daß das kapitalistische System in seinem Grundgefüge bedroht ist, daß in kürzester Zeit die Revolution mit mathematischer Notwendigkeit kommen muß." („Imperialismus", Seite 130.)

Daß Sternberg sich aber doch gelegentlich von Marx freimachen konnte und daß er dann an die „mathematische Notwendigkeit" des Kommens der Revolution „in kürzester Zeit" nicht glaubt, zeigt, was er 200 Seiten später schrieb: „. . . . der Kapitalismus hat Auswege genug, das Korrelatverhältnis Kapitalismus-Sozialismus besteht nicht. Imperialistische Kriege und Neo-Feudalismus können nur durch Revolutionen verhindert werden." („Imperialismus", Seite 326.)

Was es mit dem Neo-Feudalismus auf sich hat, werden wir noch sehen. Wir stellen zunächst fest, wie Sternberg 1932 die marxistische Lehre vom notwendigen Kommen des Sozialismus auslegt: Die Krisen erschüttern in immer kürzeren Zeiträumen mit immer stärkerer Wucht das kapitalistische Gefüge, „bis die Quantität in die Qualität umschlägt, bis die ökonomische Krise in die politische umschlägt, bis die Krise zur Krise des Systems wird und dies nicht etwa darum, weil der Kapitalismus ökonomisch sich nicht mehr zu helfen weiß — Lenin betont mit Recht mit allem Nachdruck: absolut ausweglose Lagen gibt es nicht — sondern darum, weil die Klasse, die unter den ökonomischen Krisenwirkungen am schwersten zu leiden hat, die bisher Objekt der Krise ist, die Arbeiterklasse, dieser Wirtschaftsordnung den Todesstoß gibt." (Seite 46.)

Und das *muß* sie nach Ansicht des Marxisten Sternberg keineswegs tun. Er sieht sogar die Gefahr, daß sie das bleiben läßt oder doch zum mindesten sehr lange bleiben läßt. (Seite 390—400.)

Andere Marxisten werden wegen dieser Behauptung über den Marxisten Sternberg herfallen und seinen Marxismus als Vulgärmarxismus oder Pseudomarxismus „entlarven". Sofern es sich um die richtige Auslegung der Worte des Meisters handelt, hat Sternberg sicher unrecht. Sofern es sich bei dieser Behauptung um die richtige Beschreibung des Tatbestandes handelt, hat Sternberg recht. Das ist für uns die Hauptsache, hoffentlich auch für ihn! Wir sind dessen nicht sicher. Denn er zitiert an anderer Stelle die bekannten Worte von Marx: „Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert." Und fährt unmittelbar danach fort: „Wer würde es heute wagen, diese Marxschen Sätze zu bestreiten?" (Seite 372—373.)

So abhängig ist Sternberg auch 1932 noch von Marx. Daher finden sich in seinem Buch neben ausgezeichneten Schilderungen von Tatbeständen — bei denen er den Marxismus in jeglicher Gestalt zu Hause läßt — Stellen, in denen die ganze Brüchigkeit mancher ökonomischen Lehren von Marx offenbar wird. (Seite 26, 31, 214.) Gegenüber dem „Imperialismus"-Buch hat Sternberg sich heute aber immerhin von den Marxschen Formeln weitgehend freigemacht.

Sternberg hat nicht nur von Marx, sondern auch von Oppenheimer zu lernen versucht. Darum nun einige Bemerkungen über:

### Sternberg als Oppenheimer-Schüler.

Noch mehr als in seinem „Imperialismus"-Buch verleugnet Sternberg, was er von Oppenheimer gelernt hat. Besser: er bestätigt, daß er *nichts* von ihm gelernt hat.

Die Rolle der Bodensperre für Entstehung und Erhaltung des Kapitalismus *will* er nicht sehen. Die Folge davon ist zum Beispiel, daß er sich mit der bloßen *Behauptung* begnügen muß, die kapitalistische Wirtschaft habe sich in England früher als in Deutschland entwickelt. (Seite 50.)

Er kann diese Tatsache nicht erklären! (Die Erklärung liegt einfach darin, daß in England Freizügigkeit und Bodensperre zusammen früher als in Deutschland verwirklicht waren und dort daher früher die Reservearmee von Lohndrückern in die Städte strömte.) Von einem späteren Zeitpunkt stellt Sternberg übrigens beiläufig fest, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in England „so dezimiert" war, „daß nur noch wenig Massen in die Stadt strömen". (Seite 32.) Warum untersucht er nur den Zeitabschnitt, in dem sie *nicht* mehr strömen?

Warum erwähnt er vom indischen Arbeiter nur in einem Nebensatz, daß er durch systematischen Landraub seinen Boden verloren hat (Seite 94), und geht dem Zusammenhang zwischen diesem Landraub und seiner Lage als „freiem" Arbeiter nicht nach? Warum erwähnt er gleichfalls nur nebenbei, die industrielle Reservearmee im Vorkriegsrußland sei noch durch starke Abwanderung vom Land erhöht worden? (Seite 378.) Wodurch ist sie übrigens sonst entstanden? Warum sagt er kein Wort darüber, daß innerhalb Europas Frankreich, daß innerhalb Deutschlands Württemberg verhältnismäßig krisenfest sind infolge ihrer bäuerlichen Struktur?

An einer Stelle stellt Sternberg den Zusammenhang geradezu auf den Kopf, als er nämlich über Deutschland sagt: „Der deutsche Kapitalismus, der sich später entwickelte als der englische, hat auch später zu einer starken Abwanderung vom Lande geführt. . . ." (Seite 61.) — Und dabei beschreibt er kurz darauf ausführlich, mit wie niedrigen Löhnen sich die vom Lande Abwandernden zunächst begnügten! (Seite 64 f.)

An einer anderen Stelle kann Sternberg sich nur dadurch helfen, daß er eine sich *deutlich* abzeichnende erhebliche Entwicklung als *minimal* bezeichnet. Es handelt sich um folgendes: Trotz aller Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Großgrundeigentums — in dieser Rechtsform tritt die Bodensperre in Deutschland auf — haben die deutschen landwirtschaftlichen Großbetriebe bekanntlich seit Jahrzehnten an Zahl abgenommen und haben Land an Bauernbetriebe verloren, ein Zeichen, wie schwer es war — und noch ist! — die Bodensperre aufrecht zu erhalten. Die Zahlen über diese Entwicklung druckt Sternberg ab und schließt aus ihnen kurzer Hand: „Die Verschiebung in der deutschen Landwirtschaft, soweit sie das Verhältnis von Klein- und Großbetrieben betrifft, ist in dieser Epoche minimal." (Seite 76.)

Tatsächlich hat sich der Anteil der Bauernbetriebe von 5—20 Hektar an der gesamten landwirtschaftlich genützten Fläche um rund 14 Prozent vergrößert! (Von 100 Hektar entfielen 1882 nur 28,74 Hektar, 1907 aber bereits 32,74 Hektar auf Betriebe mit 5—20 Hektar.)

**Sternberg steckt wie der Vogel Strauß seinen Kopf in den Sand, wenn es sich um Bodenfragen handelt.**

Im Bestreben, nur ja von Oppenheimer deutlich Abstand zu halten, wirft er seinen Vorsatz, eine „nüchternste Analyse der gesamten wirtschaftlichen und politischen Situation zu geben" (Seite 371), völlig über Bord.

## Der erste Satz in Sternbergs Buch.

Können wir uns nach diesen Vorbemerkungen mit Sternberg über den ersten Satz seines Buches verständigen? Er lautet: „Das kapitalistische System ist im Niedergang begriffen und das Tempo dieses Niedergangs beschleunigt sich immer mehr." (Seite 11.)

Sternberg wirft den Reformisten der Vorkriegszeit vor, sie hätten aus den Erfahrungen ihrer Zeit zu voreilig Schlüsse gezogen: „Da damals die Krise sich abschwächte, da damals die Konjunkturdauer sich verlängerte, so behauptete er (der Reformismus), es müsse immer so sein. Da damals die Reservearmeen in der Konjunktur minimal waren und die Reallöhne sich erhöhten, so behauptete er, es müsse immer so sein." (Seite 317.) Dieses Verfahren geißelt Sternberg völlig mit Recht.

Aber: Aus der Erfahrung weniger Jahre, daß der Kapitalismus, gleichzeitig mit einer gewissen — keineswegs völligen — Abstoppung des imperialistischen Vorstoßes in nichtkapitalistische Räume, in einer besonders schweren Krise steht, macht Sternberg einen Buchtitel und schließt: „. . . der deutsche Kapitalismus wird auch dann (nach einem kapitalistischen Ausweg aus der Krise, Rpt.) zu keiner Konjunktur kommen, wie er sie zur Zeit der sogenannten relativen Stabilisierung, der Zeit von 1924 bis 1928, hatte." (Seite 399.)

Zieht Sternberg diesen Schluß aus der Erfahrung weniger Jahre? Oder zieht er ihn aus seiner Imperialismus-Theorie, das heißt: Glaubt er etwa im Ernst an die Gewalt der mathematischen Formeln seines „Imperialismus"-Buches und meint, die kapitalistische Entwicklung müsse nach diesen Formeln verlaufen? Es könne also ohne imperialistischen Vorstoß keine wirkliche kapitalistische Hochkonjunktur, keine volle Beschäftigung von Produktionsapparat und Menschen mehr geben? Abgesehen davon, daß noch allerhand imperialistische Vorstöße in nicht-kapitalistische Räume, zum Beispiel nach China, möglich sind, so sind doch auch nach Sternberg imperialistische Kriege möglich. Nach seiner Ansicht sind sie sogar unvermeidlich, wenn das Proletariat nicht eingreift. Warum sollte nach dem Stahlbad eines Krieges, nach Beseitigung der Reservearmee auf eine wenig humane aber umso wirksamere Art, nach Abnutzung des vorhandenen Produktionsapparates infolge massenhafter Erzeugung von Kriegsmaterial, — warum sollte sich danach der deutsche Kapitalismus an einer neuen Hochkonjunktur durch Sternbergs Formeln hindern lassen?

Sternberg hat zur Verhinderung nur *ein* Mittel, ein echt marxistisches und hegelianisches Mittel in Reserve. Er wird den Kapitalismus mit aufsteigender Konjunktur nicht mehr Kapitalismus *nennen*. Er hat das Wort dazu übrigens bereits geprägt: Neo-Feudalismus.

**Sternbergs entscheidende Behauptung — die vom Niedergang des deutschen Kapitalismus — ist also entweder falsch oder ein bloßer Taufakt, über den wir mangels theologischen Interesses mit ihm nicht streiten.**

Welche Kennzeichnung Sternberg sich auswählen will, sei ihm überlassen. Wir wollen uns in einem weiteren Aufsatz mit einem anderen „Kunststück" befassen, das uns besonders angeht.

Hellmut Rauschenplat.

## Rückgang der Gewinne im deutschen Kapitalismus.

Wenn wir auch Sternbergs Behauptung vom Niedergang des deutschen Kapitalismus (in dem Sinn: daß der Kapitalismus in Deutschland zu keiner „normalen" Konjunktur wieder kommen kann) nicht anerkennen, so ist es doch Tatsache, daß es vielen kapitalistischen Unternehmungen in Deutschland sehr schlecht geht. Das ergibt sich unter anderem deutlich aus einer soeben in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichten Untersuchung über die bisher bekannt gewordenen Jahresabschlüsse von bedeutenden Aktiengesellschaften, deren Bilanztermin zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember liegt. Dabei sind erfaßt Aktiengesellschaften mit rund 40 Prozent des Nominal-Kapitals sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften:

680 Gesellschaften haben 1931 einen Gewinn von insgesamt 327 Millionen Mark gemacht (4,9 Prozent ihres Eigenkapitals). Zusammen gerechnet machten 1166 Gesellschaften über eine Milliarde Mark Verlust (davon entfallen 660 Millionen Mark auf Banken).

Unter den Industrieunternehmungen, auf die wir uns im folgenden beschränken, steht am besten da die Gruppe „Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung": Neben 77 Gewinn- nur 7 Verlustunternehmungen! Reingewinn insgesamt 58 Millionen Mark (3,9 Prozent des Eigenkapitals).

In der Gruppe „Industrien der Grundstoffe" (Kohle, Kali, Eisen, Baustoffe, Papier) stehen sich gegenüber 64 Gewinn- und 65 Verlustunternehmungen. Gesamtverlust 2,6 Prozent des Eigenkapitals. Und das trotz monopolistischer Hochhaltung der Preise, unter der die weiterverarbeitende Industrie außerordentlich litt, wie die folgenden Angaben zeigen:

Die Unternehmungen zur Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren hatten 1931 einen Verlust von 22,5 Prozent ihres Eigenkapitals aufzuweisen (1930: 3,1 Prozent Verlust). Bei den Unternehmungen des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaues ergab sich insgesamt ein Verlust von 7,2 Prozent des Eigenkapitals (1930: 3,5 Prozent Gewinn).

Ganz anders wieder ist das Bild in einer Monopolindustrie wie der chemischen Industrie. Die erfaßten Unternehmungen (darunter die I. G. Farbenindustrie) schlossen insgesamt mit einem Gewinn von 37 Millionen Mark ab (2,4 Prozent des Eigenkapitals).

*

Wir fassen zusammen: Auch im Krisenjahr 1931 ging es vielen Monopolunternehmungen noch verhältnismäßig gut, so in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung, der chemischen Industrie, ferner in einzelnen Grundstoffindustrien (Braunkohlenbergbau: 7,2 Prozent Gewinn vom Eigenkapital). Manche Monopolunternehmungen (Steinkohle, Eisen) stehen infolge geringer Ausnutzung der Kapazität so schlecht, daß auch Monopolpreise keine Gewinne zur Folge haben. Die Unternehmungen, die für ihre Rohstoffe jene Monopolpreise zahlen müssen, stehen besonders schlecht da.

H. H.